



AK GEB BW * Waltraud Berndt-Mohr * Albert-Schweitzer-Str. 7 * 72116 Mössingen
Herrn Prof. Dr. Dr. h. c. Peter Frankenberg
Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst
Königstraße 46

70173 Stuttgart

Situation der Hochschulen

Mössingen, Freiburg, Stuttgart, 29.06.2009

Sehr geehrter Prof. Dr. Frankenberg,

am 17. Juni gingen in fast allen baden-württembergischen Universitätsstädten Studenten auf die Straße, um auf die besorgniserregenden Umstände ihres Studiums aufmerksam zu machen. Überall wurde eine bessere finanzielle Grundversorgung der Hochschulen und stärkere Beteiligung der Studenten bei der Mittelverteilung gefordert.

Gleichzeitig haben sich Studierende der PH Heidelberg hilfeschend an uns Eltern gewandt. Durch die finanzielle Schieflage, in die die PH Heidelberg geraten ist, sah sich der Rektor gezwungen, eine Haushaltssperre zu verhängen, die voraussichtlich bis 2010 andauern soll. Dies bedeutet für die Studierenden konkret den Wegfall von Stellen für Tutoren und Lehrbeauftragte und damit verbunden eine starke Einschränkung der Lehrangebote. Verbleibende Lehrangebote müssen zwangsläufig deutlich stärker frequentiert werden und somit wird ein Abschluss des Studiums in der Regelstudienzeit kaum noch möglich sein. Aber auch Serviceleistungen wie Öffnungszeiten der Bibliotheken oder die Ausstattung von didaktischen Werkstätten sind von der Haushaltssperre betroffen, dadurch wird die Studienqualität zusätzlich verschlechtert. Nach Aussage des Kanzlers Wolfgang Gohl wird der Status quo in diesem Jahr auf einem niedrigeren Niveau sein. Betroffen sind in Heidelberg ca. 4.000 angehende Lehrerinnen und Lehrer.

Die finanzielle Problematik, in die die PH Heidelberg geraten ist, hat nach unserer Meinung ganz offensichtlich verschiedene Ursachen, die auch an allen anderen Hochschulen des Landes zu finden sind.

Eine chronische finanzielle Unterversorgung der Hochschulen resultiert aus dem Solidarpakt, der ihnen jährlich eine über Jahre hinweg festgeschriebene Summe an Geldmitteln zuschreibt. Für Inflation und Preissteigerungsrate bekommen die Hochschulen keinen Ausgleich.

Belastet werden die Hochschulhaushalte außerdem durch die Vorgabe im Solidarpakt II, bis 2012 weitere 16.000 Studienplätze zu schaffen. Die Hälfte der Kosten hierfür trägt das Land, die andere Hälfte müssen die Hochschulen selbst tragen, unterstützt aus Bundesmitteln des



Hochschulpakts 2020. Dies stellt die Hochschulen teilweise vor unlösbare finanzielle Aufgaben.

Die dritte Säule der Hochschulfinanzierung durch den Solidarpakt ist der Qualitäts- und Innovationsfond. In diesen Fond zahlen zunächst das Land und die Hochschulen zu gleichen Teilen ein. Das Land vergibt danach die Gelder an besonders förderungswürdige Forschungsvorhaben. Dies zwingt die Hochschulen dazu, Bildung nach reinen marktwirtschaftlichen Bedingungen zu organisieren. Die Lehre, für die sie ja nicht gefördert werden, tritt immer mehr in den Hintergrund. Dies führt z.B. in Stuttgart zu den Überlegungen, die Geisteswissenschaften zugunsten der Ingenieur- und Naturwissenschaften zurückzufahren.

All diese finanziellen Belastungen führten nach Einführung der Studiengebühren dazu, dass die zusätzlichen Mittel schnell in Bereiche investiert wurden, die seit Jahren zu kurz kamen. Zum Beispiel verbesserte die Einstellung zusätzlicher Tutoren die Angebote für die Lernenden, indem Lerngruppen vor allem in Überlastfächern deutlich verkleinert und zusätzliche Angebote möglich wurden.

Gleichzeitig rissen steigende Kosten für die laufenden Geschäfte, wie z.B. Energiekosten, riesige Löcher in die Hochschulhaushalte und zwangen die Hochschulen dazu, Studiengebühren auch für Bereiche einzusetzen, für die sie eigentlich nicht gedacht waren, nämlich für die Deckung der Kosten regulärer Angebote.

Die Mindereinnahmen durch die Einführung der Geschwisterregelung, die in einer solchen Höhe nicht erwartet wurden, führen nun dazu, dass alle Hochschulen in erhebliche Finanznot geraten und viele ihre Angebote in der Lehre wieder zurückfahren müssen.

Auch wenn die PH Heidelberg bei ihrem Umbau möglicherweise allzu sorglos mit Geldern umgegangen ist, können Sie wohl kaum zulassen, dass nun die Studierenden die Suppe, die ihnen andere eingebrockt haben, auslöffeln müssen. Die derzeit Studierenden haben ihre Studiengebühren bezahlt und damit ein Anrecht auf die Fortsetzung ihres Studiums in gleichbleibender Qualität.

In den Schulen Baden-Württembergs setzt man auf Qualitätsentwicklung und Qualitätsverbesserung. Diese muss bereits mit der Lehrerbildung beginnen. Ein niedriges Niveau in der Lehrerbildung, wenn auch nur vorübergehend, ist aus unserer Sicht nicht hinnehmbar!

Wir fordern Sie daher auf, zusammen mit den Verantwortlichen der PH Heidelberg und anderen betroffenen Hochschulen eine Lösung zu finden, die eine gleichbleibende Qualität der Lehrerbildung gewährleistet und garantiert, dass Studiengebühren ausschließlich für die Verbesserung der Lehre verwandt werden.

Die zweite zentrale Forderung der Studierenden, nämlich die nach stärkerer Beteiligung bei der Mittelverteilung, ist damit unmittelbar verbunden.

Bei der Einführung von Studiengebühren wurde seitens Ihres Ministeriums immer wieder betont, dass die Studierenden durch die Zahlung von Gebühren als „Kunden“ in bestem Sinne gesehen werden. Ein Kunde hat aber das Recht zu bestimmen, was mit seinem Geld passiert. Zwar ist eine Beteiligung der Studenten gesetzlich garantiert, allerdings nur in Form der Anhörung und Erörterung. Eine echte Mitbestimmung dagegen würde auch ein Abstimmungsrecht beinhalten.

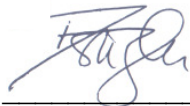
Wir fordern Sie dazu auf, das Landeshochschulgebührengesetz dahingehend zu ändern, dass Studierende ein echtes Mitbestimmungsrecht bei der Verwendung ihrer Gelder haben. Jedoch möchten wir an dieser Stelle betonen, dass wir **gegen** Studiengebühren sind, denn diese beinhalten wiederum eine soziale Auslese und sind ungerecht, weil damit zumeist diejenigen ausgeschlossen werden, deren Elternhaus sich keine teure Ausbildung für ihre Kinder leisten kann. Die Geschwisterregelung sorgt bei kinderreichen Familien für eine Entlastung und wird von uns, solange es Studiengebühren gibt, begrüßt.

Generell dürfen Fehler anderer nicht auf den Rücken der Studenten ausgetragen werden, denn in erster Linie sind wir alle aufgefordert und verpflichtet, unseren Kindern die bestmögliche Ausbildung zu garantieren. Nur so können wir darauf hoffen und bauen, dass der wirtschaftliche Standard unseres Landes gehalten oder verbessert wird!

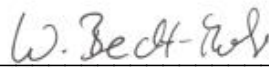
Mit freundlichen Grüßen

Für den Arbeitskreis Gesamtelternbeiräte Baden-Württemberg:

Geschäftsstelle: Jusistraße 7, 72644 Oberboihingen



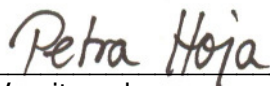
Vorsitzende
Doris Barzen



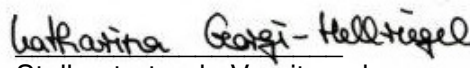
Stellvertretende Vorsitzende
Waltraud Berndt-Mohr

Für SCHULE MIT ZUKUNFT e.V.:

Geschäftsstelle: Neue Weinsteige 6a, 70180 Stuttgart



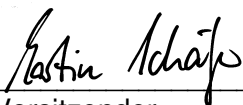
Vorsitzende
Petra Hoja



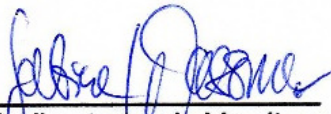
Stellvertretende Vorsitzende
Katharina Georgi-Hellriegel

Für den Gesamtelternbeirat Stuttgart:

Geschäftsstelle: Markusplatz 2, 70180 Stuttgart



Vorsitzender
Martin Schäfer



Stellvertretende Vorsitzende
Sabine Wassmer